



Dresden, den 26.09.2018

Auswertungstext der Initiative „Sex Workers Solidarity“

Mit dem folgenden Auswertungstext möchten wir unsere Arbeit und die dahinter stehenden Überlegungen und Diskussionen auswerten. Dabei wollen wir nicht nur schauen, was wir geschafft haben, sondern auch selbstkritisch analysieren, wo wir nicht erfolgreich waren. Am Ende wagen wir einen Blick in die Zukunft und beschreiben mögliche Ansätze für kommendes Engagement.

Gliederung:

1. Gründungsidee und -prozess
2. Was haben wir gemacht und warum?
3. Was haben wir erreicht?
4. ...und was nicht? Warum?
5. Erkenntnisse und Ermutigung

1. Gründungsidee und -prozess

"Ich bin von dem Gesetz betroffen und dachte, als ich davon erfahren habe: Was ist das denn für'n Mist? Also nicht nur, weil es mich persönlich betrifft, und weil ich mitkriege, wie es manche Kolleg_innen fertig macht, sondern auch, weil ich es politisch ungerecht und mies fand, gegen Sexarbeiter_innen, Prostituierte und auch gegen Frauen. Und dann fand ich es richtig gut, dass ein paar Freund_innen und meine Gewerkschaft mich dabei unterstützt haben, was dagegen zu machen."*

A., Sexarbeiterin und Mitinitiatorin von Sex Workers Solidarity

Das war 2017, als sich nach dem Inkrafttreten des sogenannten "Prostituiertenschutzgesetzes (ProstSchG) ein paar wenige Menschen (erst zwei, bald vier) in Dresden dachten, man müsste was machen. Wir überlegten, wer Verbündete sein könnten. Wir hatten dabei einerseits basisorientierte Gewerkschaften und andererseits feministische Gruppen im Blick. Schon zu Beginn war eine in der Freien Arbeiter_innen Union (FAU) gewerkschaftlich organisierte Sexarbeiterin beteiligt, sodass diese Frage schnell geklärt war. Außerdem fanden wir mit Personen aus der (queer)-feministischen Gruppe e*vibes, dem Frauen*bildungszentrum Dresden (F*BZ) und dem queer-feministischen Kulturkollektiv böse&gemein Unterstützende, die bereits vorher politisch aktiv waren und Erfahrungen in Bezug auf Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit hatten.

1.1 Wie wollen wir aktiv werden?

Ausgegangen sind wir von dem Unbehagen über das damals noch nicht verabschiedete Gesetz und der Frage, wie die bereits existierende breite Kritik daran auch in Dresden aufgegriffen werden kann. In mehreren Treffen überlegten wir über einige Wochen, welche Strategien und Möglichkeiten wir hatten, wie wir darauf reagieren könnten. Eine wichtige Frage war dabei, wie wir Mitstreiter_innen ansprechen und aktivieren können. Außerdem haben wir auch über Schwächen und mögliche Gegenreaktionen nachgedacht, und wie wir damit gut umgehen können. Folgende Punkte haben wir dabei als besonders wichtig erachtet:

- x Die Schwierigkeit für Betroffene, in der Öffentlichkeit identifizierbar aufzutreten. Als Antwort darauf hielten wir einen Zusammenschluss von Sexarbeiter_innen und Unterstützer_innen / Freund_innen für sinnvoll. Daraus entwickelte sich später auch der Name "Sex Workers Solidarity" als gemeinsames Sprachrohr für die Anliegen und Perspektiven der Betroffenen. So konnte das Bedürfnis nach Anonymität und der Wunsch nach Sichtbarkeit vereinbart werden.
- x Den Spagat zwischen kurzfristiger Reaktion und nachhaltiger Organisation. Uns war klar, dass wir kurzfristig und so laut wie möglich auf die Gesetzespläne reagieren mussten, um daran noch etwas zu ändern. Gleichzeitig war uns wichtig, nicht nur ein Strohfeuer abzufackeln, sondern eine längerfristige Organisation anzugehen, den Austausch über eigene Rechte, mögliche Probleme, Arbeitsbedingungen usw. mit Blick auf deren kollektive Verbesserung anzustoßen und dadurch die Solidarität unter Kolleg_innen zu stärken, statt die Abgrenzung gegeneinander voranzutreiben.
- x Relativ am Anfang gab es auch die Überlegung, die Kampagne für Rechte von Sexarbeiter_innen mit emanzipatorischen Angeboten zu sexueller Bildung zu verknüpfen. Die Idee dahinter war, dass Sexarbeiter_innen nicht nur als Opfer von Sexismus oder als Objekte von behördlichen Maßnahmen auftauchen, sondern sie selbst als Expert_innen mit Themen auftreten, die für viele Menschen wichtig sind, und von denen alle lernen können. Diese Überlegung haben wir allerdings verworfen, wofür es zwei Gründe gab. Einerseits ganz simpel fehlende Kapazitäten, andererseits haben wir gemerkt, dass das im Kontext der gesamten Kampagne problematisch werden kann. Unsere Befürchtung war, dass damit die gesellschaftlichen Verstrickungen der Sexarbeit zu einseitig betrachtet werden könnten und positive Aspekte gegenüber Kritikpunkten zu stark in den Vordergrund rücken.

1.2 Was wollen wir tun?

Daraus hat sich dann in der Praxis etwas ergeben, das vereinfacht als Drei-Säulen-Konzept beschrieben werden könnte. Erfolg versprechend schien uns, die jeweils wichtigen Ansätze im Aufbau der Säulen bei unseren Aktivitäten zu verknüpfen und nicht streng getrennt zu bearbeiten.

- x Druck auf Politik, Einfluss auf den Gesetzgebungsprozess, z. B. durch Öffentlichkeitsarbeit.
- x Informationsbeschaffung und -weitergabe an vom Gesetz Betroffene.
- x Die konkrete Möglichkeit zu Austausch und langfristiger Selbstorganisation für Betroffene, gegen Repression und für bessere Arbeitsbedingungen.

Uns war bei all dem wichtig, die Stimmen der Sexarbeiter_innen als hauptsächlich Betroffene in den Mittelpunkt unserer Kampagne zu stellen – dennoch haben wir immer dazu gesagt, dass sich niemand ungewollt outen muss.

1.3. Politische Grundannahmen

Wir sehen es als falsch an, Sexarbeit pauschal zu dämonisieren. Für genauso falsch halten wir allerdings den Ansatz, aus Angst vor Überwachung und Kontrolle in den Kanon derjenigen einzustimmen, die dem neoliberalen Dogma folgend alles als selbstbestimmt und frei aushandelbar darstellen. Es sollte klar sein, dass damit vor allem dem Interesse derjenigen gedient ist, denen das reibungslose Funktionieren des "Marktes" und die Ausbeutung von vor allem Frauen* die Gewinne sichert. Weiterhin ist es uns wichtig, zu sehen, dass es objektive Interessengegensätze zwischen Chef_innen und Scheinselbstständigen oder zwischen Vermieter_innen und Mieter_innen gibt. Aus dieser Perspektive schien uns ein breiter feministischer und gewerkschaftlicher Ansatz der beste Lösungsansatz zu sein. Auch während unserer Aktivitäten und nun im Rückblick haben sich für uns daran keine Zweifel ergeben.

2. Was haben wir gemacht und warum?

2.1 Offene Treffen und Vernetzung

Von Beginn an gab es regelmäßige und für Interessierte offene Treffen. Vielen Dank hier noch mal an die professionelle Moderation des Gründungstreffens! Vor allem anfangs (und auch später immer wieder) haben wir Ideen gesammelt und uns die Frage gestellt: Was können wir gegen das ProstSchG tun, wie können wir positiven Einfluss auf die Ausgestaltung des SächsProstSchGAG nehmen und was braucht es eigentlich dazu? Denn: auf viele dieser Fragen hatten wir keine fertigen Antworten.

Das bedeutete, dass wir uns viel Zeit dafür genommen haben, über die Grenzen des eigenen Blickfeldes zu sprechen und zu reflektieren. So hatten wir beispielsweise keine Kontakte zu Menschen in sehr prekären (Arbeits-)Situationen in der Branche und wir mussten uns über die Hintergründe des ProstSchG sowie die aktuelle Situation von (anderen) Sexarbeiter_innen – v.a. in Dresden bzw. Sachsen – informieren. Wir haben also viel recherchiert, Gespräche mit Kolleg_innen geführt und uns mit den verschiedenen Positionen zu Sexarbeit bzw. Prostitution und Arbeit auseinandergesetzt, um eine eigene Position zu finden.

Wichtiger Bestandteil unserer Arbeit war außerdem die Vernetzung mit Gruppen, Organisationen und Institutionen wie dem Gesundheitsamt Dresden, KOBRAnet, Einzelpersonen des BesD, der FAU Berlin, Politiker_innen und mit einigen weiteren Einzelpersonen und Initiativen, die deutschlandweit mit dem Thema Sexarbeit beschäftigt oder die selbst als Sexarbeiter_innen tätig sind.

2.2 Information und Gesetzesleak

Mit den Infos aus der Recherchearbeit und den Gesprächen im Rücken haben wir einige Infoveranstaltungen zum ProstSchG sowie dem SächsProstSchGAG in Dresden (und Berlin) gemacht: im Lilac P.O.P., im Kukulida, im PlatzDa!, im Malobeo, im AZ Conni und im Lokal der FAU Berlin. Das waren alle Räume, die uns bzw. Teilen der Gruppe bekannt waren, die Interesse am Thema gezeigt und uns eingeladen haben und die offen und mit unserem Anliegen solidarisch waren. Hier haben wir vor allem aktuelle Infos und Wissen zum Bundesgesetz und dem Entwurf des sächsischen Ausführungsgesetzes vermittelt, aber auch über Selbstorganisation allgemein gesprochen und die verschiedenen Standpunkte bzw. innerfeministischen Strömungen in Bezug auf Sexarbeit diskutiert. Außerdem haben wir die Teilnehmenden immer wieder dazu eingeladen, aktiver Teil der Gruppe zu werden und sich an unserer Arbeit zu beteiligen. Es gab auch die Möglichkeit, sich in unseren Mail-Verteilern einzutragen, über den alle Protokolle, aktuelle Infos und Absprachen gelaufen sind.

Im Rahmen unserer Recherchen und Gespräche mussten wir feststellen, wie schlecht die Informationslage – insbesondere bei den direkt vom Gesetz Betroffenen – war. Daher haben wir relativ schnell eine eigene Facebook-Seite als primären Infokanal eingerichtet (größten Dank hier noch mal an Anna Erdmann und Franziska Goralski für das wunderbare Logo, das ihr uns geschenkt habt!). Hier haben wir zu unseren offenen Treffen und Infoveranstaltungen eingeladen. Außerdem haben wir die Seite genutzt, um aktuelle Infos und Medienbeiträge rund um das ProstSchG und vor allem den Erarbeitungsstand des SächsProstSchGAG zusammenzutragen, Empfehlungen und Infos zum Umgang mit der für Sexarbeiter_innen (rechtlich) unklaren Situation in Sachsen seit dem 1. Januar 2018 zu geben.

Ein kleiner Coup gelang uns damit, auf unserer Seite die Entwurfsfassung des Ausführungsgesetzes in Sachsen zu leaken, das damals still und heimlich in den Hinterzimmern des CDU-geführten Sozialministeriums formuliert wurde. Bei einigen unserer Texte ist es uns gelungen, teils durch externe Helfer_innen, auch Übersetzungen in unterschiedliche Sprachen zu veröffentlichen.

2.3 Offener Brief und Proteste

Nach einem längeren internen Arbeitsprozess haben wir Anfang Februar 2018 einen Offenen Brief veröffentlicht und an alle Mitglieder des Sächsischen Landtags geschickt, in dem wir das ProstSchG klar kritisieren und ablehnen. Darin formulieren wir detailliert unsere Kritik am vorliegenden Regierungsentwurf des sächsischen Ausführungsgesetzes und stellten dem unsere Forderungen entgegen. Ziel dieses Briefes sowie der dazu herausgegebenen Pressemitteilung war es, Druck auf die Abgeordneten in Bezug auf die Ausgestaltung des Gesetzes auszuüben und eine größere Öffentlichkeit mit dem Thema zu erreichen – mit fundierter und differenzierter Kritik statt mit flachen und effekthascherischen Überschriften. Daraufhin sind wir mehrfach von verschiedenen Medien angefragt worden und haben uns mit unseren Positionen in einer MDR-Radio-Talkshow beteiligt.

Im Vorfeld der öffentlichen Expert_innen-Anhörung im Sozialausschuss am 9. Februar zum SächsProstSchGAG haben wir auch schöne Dinge gemacht, z.B. Sprüche ausdenken und Schilder malen. Die kamen dann vor der Anhörung vor dem Landtag zum Einsatz, was zu hübschen Fotos und mittelgroßem Wirbel sowie einigen Diskussionen mit der anwesenden Polizei führte. Zur Anhörung haben wir es dann trotzdem noch geschafft, diese aufmerksam begleitet und anschließend eine Pressemitteilung mit unseren Einschätzungen veröffentlicht.

Spektakulärstes und zugleich letztes Highlight von uns war die "Hurenpass-Aktion" im Landtag am 27. Juni. An dem Tag wurde der Entwurf des SächsProstSchGAG von CDU und SPD durch eine Mehrheit des Landtags beschlossen. Das wollten wir nicht unkommentiert lassen, denn auch wenn die Gebührenlast für Sexarbeiter_innen im Vergleich zum ersten Gesetzesentwurf deutlich gesunken ist und die Kommunen langfristig mit Mitteln ausgestattet werden, bleiben unsere Kritikpunkte – insbesondere am ProstSchG allgemein – nach wie vor gültig. Um auf den fehlenden Schutz-Charakter des sog. 'Schutz'-Gesetzes aufmerksam zu machen und die Abgeordneten dazu anzuhalten, sich auf Bundesebene für eine Abschaffung des ProstSchG einzusetzen, ließen Aktivist_innen von Sex Workers Solidarity personalisierte 'Hurenpässe' für Abgeordnete von der Zuschauer_innentribüne regnen und riefen: "Hurenpässe für alle? Nein, für niemanden!"

2.4 Erfahrungsschatz und Lerneffekte

Alles in allem ist also einiges passiert... Hilfreich war, dass einzelne Mitglieder der Gruppe schon Erfahrungen in bestimmten Bereichen hatten, z.B. im Recherchieren, Verfassen von Protokollen oder Pressemitteilungen, in der Strukturierung von Treffen, der Einrichtung von Mailverteilern und Foren sowie der Einrichtung und Betreuung von Facebook-Seiten. Außerdem konnten wir teilweise auf schon bestehende Presseverteiler oder auch Kontakte zurückgreifen, z.B. zu Politiker_innen. Gleichzeitig haben wir aber auch einige Dinge zum ersten (und aufregenden) Mal gemacht, wie die

Teilnahme an der Radio-Talkshow, das Verfassen des Offenen Briefs und die Aktion im Landtag. Schön, dass wir das mal ausprobiert haben :)

3. Was haben wir erreicht?

3.1 Kritische Aufklärung

Wir haben zahlreiche und verlässliche Informationen zum Prozess der Erarbeitung des SächsProstSchGAG sowie Hinweise veröffentlicht, wie Sexarbeiter_innen in Sachsen mit der bis zuletzt rechtlich unklaren Situation umgehen können. Diese ist daraus entstanden, dass Sachsen es versäumt hat, fristgerecht bis Ende 2017 ein gültiges Ausführungsgesetz zu verabschieden. Kein anderer Kanal in Sachsen hat diese Informationsarbeit geleistet, und auch wir haben nicht ansatzweise alles abdecken oder alle informieren können. Trotzdem haben wir durch Medienarbeit zu einer größeren Sichtbarkeit der mit dem ProstSchG einhergehenden Probleme beigetragen und immer wieder eine kritische, gewerkschaftliche und feministische Perspektive eingebracht, die von den vom Gesetz Betroffenen ausgeht.

3.2 Einfluss auf den Landtag

Wir haben – neben vielen anderen, z.B. den Expert_innen, die alle in der öffentlichen Anhörung den ersten Gesetzesentwurf kritisierten – mit unserem Offenen Brief an die Mitglieder des Landtags einen Beitrag dazu geleistet, dass das nun beschlossene sächsische Ausführungsgesetz eine wesentlich geringere Gebührenlast für Sexarbeiter*innen beinhaltet als im ersten Entwurf vorgesehen war. Die Veränderungen im SächsProstSchGAG sind nicht etwa von selbst geschehen, sondern beruhen auf dem Engagement verschiedenster Akteur_innen – einer davon ist Sex Workers Solidarity. Hier haben wir praktisch erfahren, dass es was bringt – und dazu noch Spaß macht! –, das Maul aufzumachen. Die direkte Konfrontationsaktion des 'Hurenpass'-Regens im Landtag führte außerdem dazu, dass sich Abgeordnete persönlich mit Zwangsregistrierung und Ausweisung auseinandersetzen mussten, und hat außerdem klar gemacht, dass wir nicht nur Texte schreiben. Denn: Wir lassen uns auch mit einer billigeren Registrierung nicht abspeisen!

3.3 Solidarische Positionen

Darüber hinaus haben wir (zumindest in Dresden) die Diskussion um die gegenseitige Abgrenzung zwischen unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Sexarbeit beeinflusst. Vielfach konnten wir beobachten, dass einzelne Zweige der vom Gesetz unter Prostitution gefassten Tätigkeiten versuchten, Sonderregelungen bzw. Ausnahmen für sich zu erreichen. Wir haben uns von Anfang an klar gegen diese Abgrenzungstendenzen und für einen solidarischen, gemeinsamen Kampf gegen das Gesetz positioniert und diese Haltung immer wieder klar gemacht. Dies ist umso wichtiger, weil diese gewerkschaftliche Position selten (öffentlich) vertreten wird. Zugleich haben wir in Dresden eine Leerstelle gefüllt, sich politisch jenseits moralischer Abwertung mit Sexarbeit auseinanderzusetzen. Dazu gehört es eben auch, politisch und medial aktiv in Erscheinung zu treten. Das hat es in Dresden unseres Wissens vorher nicht gegeben.

An dieser Stelle sei eine zweite Öffentlichkeitskampagne erwähnt, die sich der Rettung der erotischen Massagestudios verschrieben hatte. Auch dort wurden die Betroffenen angesprochen, sich gegen das SächsProstSchGAG zu stellen. Leider wurde in der Argumentation dieser Kampagne auch auf die Abgrenzungskarte gesetzt – man gehöre ja gar nicht zur Prostitution, erfülle wichtige gesellschaftliche Bedürfnisse und brauche daher eine Ausnahmeregelung. Eine solche Ausrichtung kommt offenbar bei einer Top-Down-Herangehensweise heraus, in der die Unternehmensrettung Priorität gegenüber anderen, gemeinsamen Forderungen gewinnt. Das spricht im Umkehrschluss

wieder für unsere Entscheidung, uns ohne Betreiber_innen zu organisieren. (Wir finden den Begriff Prostitution/Prostituierte übrigens auch scheiße, weil abwertend und fremdbestimmt – aber nicht nur für Masseur_innen, sondern für alle in der Sexarbeit tätigen Menschen.)

3.4 Austausch und Selbstorganisation

Neben diesen nach außen wirkenden Ergebnissen unserer Arbeit haben wir auch einiges erreicht, was die einzelnen Mitglieder der Gruppe in der ein oder anderen Form weitergebracht hat: In der Gruppe haben aktive Sexarbeiter_innen einen Raum gefunden, der ihnen die Möglichkeit gab, in einem politischen Sinne über ihre eigene Arbeit zu sprechen und darin Unterstützung und Solidarität zu erfahren. Nicht nur in Bezug auf das Gesetz, sondern auch im Umgang mit konkreten Situationen und Problemen im Arbeitsalltag. Die Gruppe hat es mit ihrer Ausrichtung möglich gemacht, eigene Unsicherheiten und Probleme in einem größeren Zusammenhang zu begreifen, damit nicht alleine zu sein und sich nicht einschüchtern zu lassen. Sie hat erfahrbar gemacht, dass gemeinsames (politisches) Handeln tatsächlich etwas bewirken kann – dass es einen Unterschied macht, ob wir den Mund aufmachen oder nicht.

3.5 Differenzierte Diskussionen

Außerdem haben wir es geschafft, bis zum Ende die sperrige und durchaus anstrengende Position zu vertreten, uns in der Diskussion um Sexarbeit vs. Prostitution nicht gänzlich einer Seite zuzuordnen, sondern haben uns immer um eine möglichst differenzierte Betrachtung bemüht. Nichtsdestotrotz oder vielleicht gerade deswegen gab es relativ wenig politische Anfeindungen gegen unsere Arbeit, obwohl wir zu einem politisch so umstrittenen Thema arbeiteten. Im Großen und Ganzen erhielten wir viele positive Rückmeldungen für unsere Position und wurden schnell als Ansprechpartner_innen für das Thema wahrgenommen, sowohl von Personen und Gruppen in Dresden als auch von außerhalb.

Allerdings soll auch nicht unerwähnt bleiben, dass eine Ex-Prostituierte (Selbstbezeichnung) sich bei Facebook von unserem Auftreten als abgeschreckt erklärte. Sie kritisierte, dass wir mit der Nutzung des Begriffs "Sexarbeit" Gewalt verharmlosen würden.

4. ...und was nicht? Warum?

4.1 Nachhaltige Organisation

Die Selbstorganisation ist noch nicht so gut gelaufen. Das lag wohl zum einen daran, wie viel Energie die Auseinandersetzung mit dem akuten Problem namens SächsProstSchGAG auffraß. Normalerweise müsste ein Prozess wie dieser offener sein. Man müsste sich Zeit nehmen zum Kennenlernen, zum kontinuierlichen Sprechen mit verschiedenen (!) Kolleg_innen, zum Ausloten von Gemeinsamkeiten, zur Gruppenfindung usw. – und vielleicht (!) würde dann irgendwann etwas gemeinsam Erarbeitetes öffentlich gemacht werden. Dem stand gegenüber, dass wir schnell öffentlich auf den Gesetzgebungsprozess reagieren wollten. Dieser lief nun mal in diesem Moment ab und wartete nicht darauf, dass wir irgendwann dazu bereit sind. Das ist ein Widerspruch, der nicht aufzulösen war.

Wir haben gehofft, dass die Zeit des 'schnell-reagieren-Müssens' gefolgt würde von Selbstorganisationsprozessen – nur dauerte das dann in Sachsen doch länger als gedacht. Außerdem hatten wir die Hoffnung, dass der Anlass "Repression gegen uns alle" vielleicht vergleichsweise gute Voraussetzungen für eine Solidarisierung unter Kolleg_innen bieten würde.

So ist die Umsetzung des ProstSchG in Sachsen vom Anlass zum wichtigsten Handlungsfeld unserer Kampagne geworden. Und so geschah, was wir auch schon aus anderen politischen Zusammenhängen kennen. Nämlich dass die größere Langzeit-Perspektive gegenüber der akuten Reaktion "erst mal" in den Hintergrund rückte. Als dann das SächsProstSchGAG endlich fertig war, hatten wir schon nicht mehr genug Zeit und Energie, um weiterzumachen und den Fokus in Richtung der eigentlichen Selbstorganisation umzuschwenken. Auf jahrelange kontinuierliche ehrenamtliche Arbeit in dem Bereich waren wir alle nicht eingestellt – und etwas anzustoßen, das sich dann selbst trägt, war uns so schnell nicht möglich.

Das lag sicher auch an unserer Zusammensetzung: Als wir zu viert begannen, war eine von uns Sexarbeiterin. Recht schnell kam noch eine Kollegin hinzu – wir kannten uns vorher nicht – das war super :) Weitere Kolleg_innen waren interessiert, kamen teilweise zu Veranstaltungen, manche wollten auf dem Laufenden gehalten werden. Das geschah dann über Mails und teils mündlich auf der Arbeit, die lose Interessierten tauchten nie auf Treffen auf. Alle jemals Aufgetauchten blieben aber weiter auf einem Mailverteiler, über den auch Protokolle von Treffen und Planungen gingen, wodurch es dennoch möglich war, informiert zu bleiben. Die 'erste' Sexarbeiterin war bis zum Schluss dabei, arbeitet aber momentan nicht, dadurch ist auch dort der Kontakt mit den interessierten Kolleg_innen abgebrochen.

4.2 Kleine Gruppe, Hürden bei dem Einstieg in die politische Ebene

Insgesamt waren wir immer ziemlich wenige: Es gab zwei Treffen, auf denen 10 oder mehr Menschen waren, und bei Veranstaltungen bis zu 50. Am Ende waren wir wieder zu viert. Warum? Eigentlich ist das nicht so verwunderlich. Alle haben schließlich noch andere Dinge zu tun: Lohnarbeit, gesellschaftspolitisches Engagement in verschiedenen Bereichen, Studium, Familie oder alles zusammen. Das waren auch Gründe für einige, nur ein- oder zweimal bei Treffen aufzutauchen und dann festzustellen, dass sie eigentlich keine Zeit für kontinuierliche Treffen haben.

Einige Interessierte kamen nicht zu den Treffen, weil sie meinten, 'keine Ahnung von Politik' zu haben o.ä. In Gesprächen haben wir versucht, stark zu machen, dass man dazu keine Ahnung haben muss, dass Politik nicht nur das ist, was die Leute im Parlament machen (wovon wir auch selber recht wenig Ahnung hatten), sondern dass es einfach darum geht, sich eine Meinung zu bilden, seine Meinung zu sagen und für bestimmte Sachen, z.B. eigene Rechte, auch öffentlich einzustehen. Sich bestimmte Angriffe nicht gefallen zu lassen. Und dazu muss man sich auch nicht persönlich outen. (Vielleicht spielte auch die andere, Betreiber_innen-geführte Kampagne eine Rolle – einige, die sich engagieren wollten, entschieden sich, dort mitzuwirken).

Es ist allerdings Fakt, dass es Wissens- und Erfahrungsunterschiede gibt. Das muss nicht problematisch sein – im Gegenteil – aber es stellt sich die Frage, wie sich diese gut vermitteln und zusammenbringen lassen, in welchen Formen das geschehen kann. Natürlich ist das Vorhaben, bis zu einer knappen Deadline eine Pressemitteilung zu formulieren, eine eher ungeeignete Voraussetzung dafür, mit Leuten, die an ganz verschiedenen Punkten stehen, gemeinsame inhaltliche Argumente oder überhaupt erst mal eine gemeinsame Sprache zu finden. Man muss auch sagen, dass wir bestimmt in Texten eine Sprache benutzt haben, die manche denken ließ, dass sie da nicht mitmachen können, weil sie 'keine Ahnung haben'. Mehrere von uns haben was mit Gesellschaftswissenschaften studiert und das kann einem ja ziemlich die Sprache versauen :) Wir haben uns Mühe gegeben, uns klar auszudrücken, aber wer weiß, ob uns das immer gut gelungen ist.

Außerdem ist die zusätzliche Belastung, die durch ein repressives Gesetz wie dieses entsteht, nicht zu unterschätzen. Viele Sexarbeiter_innen waren und sind durch das Gesetz zusätzlich eingeschüchtert und wollen erst recht anonym sein. Dadurch wurde sicher auch die Hemmschwelle noch erhöht, zu einem Treffen mit wahrscheinlich unbekanntenen Personen zu kommen.

4.3 begrenzte Einblicke, dennoch ehrliche Aussagen

Auf jeden Fall hatten wir auch zu wenig direkten Einblick in die Szene bzw. nur in bestimmte Bereiche, in denen eben die bei uns organisierten Sexarbeiter_innen tätig waren. Und diese Bereiche waren vor allem die deutschsprachigen, nicht ganz so prekären.

Kontakt zu anderen Bereichen, in denen harte Arbeits- oder Lebensbedingungen es schwieriger machen, mit uns in Kontakt zu treten, hätte viel mehr Zeit gebraucht und viel Arbeit gekostet – wäre aber auch wichtig gewesen. Dennoch finden wir nicht, dass man erst dann etwas sagen darf, wenn man etwas selbst erlebt hat – oder erst dann, wenn alle verschiedenen Teile der Branche in einer Initiative organisiert sind. Man sollte nur nicht so tun, als wäre man von was betroffen, wenn es nicht stimmt. Und: die Stimmen Betroffener sollten verstärkt werden.

Was wir uns öfter gefragt haben: Wir finden Stellvertreterpolitik bescheuert. Doch: ist es nicht fahrlässig und ignorant, zu warten, dass Menschen für sich selbst sprechen, wenn sie es vielleicht gar nicht tun (können)? Wir haben immer wieder hinterfragt, inwiefern wir eigentlich zu welchen Themen sprechen können – als nur teils Betroffene und als nur "bestimmte" Betroffene, nämlich privilegierte. Aber bei allen Unklarheiten: Wichtig ist, dass wir überhaupt sprechen!

5. Erkenntnisse und Ermutigung

5.1 Ideen umsetzen!

Seit Monaten schon war klar: Eigentlich müssten wir einige Dinge tun, wenn wir tatsächlich (mehr) Selbstorganisation anstoßen wollen: In viele Studios, Bordelle usw. gehen und reden. Oder zumindest den Leuten von KOBRAnet, die aufsuchende Arbeit machen, Flyer mitgeben. Oder wir müssten einen monatlichen Stammtisch o.ä. organisieren. Oder Aufkleber verkleben, Interviews machen, auf der Straße ansprechbar sein, Texte übersetzen...

... es gab immer zwischendurch sehr schöne Ideen, nur braucht es für die Umsetzung solcher Dinge Zeit und Energie. Wofür wir auch nicht genug Kraft hatten, ist mit unseren Infoveranstaltungen an Orte zu gehen, zu denen wir nicht schon durch uns bekannte Personen oder Gruppen Zugang hatten und so auch in anderen Stadtteilen ein breiteres Publikum und eben auch Betroffene zu erreichen. Den Kontakt zu solchen unbekanntem Räumen herzustellen, braucht mehr Vorbereitungszeit, lohnt aber.

Genauso ergibt es sehr viel Sinn, noch viel mehr Materialien und Texte (vor allem Informationsmaterialien, die sich direkt an Sexarbeiter_innen richten) in verschiedene Sprachen zu übersetzen und sich auch um Übersetzungen bei Treffen zu kümmern, um auch mit anderssprachigen Sexarbeiter_innen in Kontakt zu kommen.

5.2 Selbstorganisation vorantreiben! (ja, wir wiederholen uns...)

Das alles können Schritte dazu darstellen, dass die von uns angestrebte Selbstorganisation in die Tat umgesetzt wird. Das heißt konkret, dass die Menschen, die zusammen arbeiten oder aus der gleichen Branche stammen, die Möglichkeit haben, sich ständig über ihre Wünsche und Probleme bei der Arbeit und drum herum auszutauschen und darüber zu beratschlagen, was sie gemeinsam unternehmen können, um Verbesserungen für sich zu erzielen.

Irgendwann könnten Sexarbeiter_innen so gut vernetzt sein, dass man sich z. B. gemeinsam mit allen Kolleg_innen darüber abstimmen könnte, wie man eigentlich arbeiten will. Z.B. auch darüber, wie viel sexuelle Dienstleistungen eigentlich kosten sollen und unter welchen Bedingungen sie angeboten werden sollen. Dass man sich gemeinsam optimale Arbeitsbedingungen überlegen und diese durchzusetzen, oder dass man sich gemeinsam gegen Sexismus zur Wehr setzen könnte. Damit

das Gespräch über solche Fragen nicht abbricht, können gemeinsame Strukturen, wie Betriebsgruppen oder Gewerkschaften, gegründet werden.

Dies sollte inklusiv und solidarisch mit allen Kolleg_innen stattfinden, außerdem mehrsprachig, ohne rassistische Abgrenzungen oder solche zwischen verschiedenen Bereichen der Branche. Aus unserer Sicht sollte am besten eine basisdemokratische Sexarbeiter_innen-Gewerkschaft entstehen, die es uns tatsächlich ermöglichen würde, immer mehr selbst in die Hand zu nehmen, wie wir eigentlich arbeiten wollen.¹

Wenn das noch zu weit weg scheint oder einen zu großen Aufwand bedeutet, können bereits existierende Strukturen, wie Berufsverbände (BeSD) genutzt werden. Auch schon bestehende basisdemokratische Gewerkschaften wie die branchenübergreifende Freie Arbeiter*innen Union² bieten Betroffenen Strukturen für eine solidarische Selbstorganisation ohne Einfluss von Arbeitgeber_innen.

5.3 Öffentlichkeitsarbeit und Beratung

Wie schon beschrieben haben wir Zeit und Energie vor allem in eine kritische Öffentlichkeit zum Gesetz gesteckt, weil das eben gerade aktuell und für uns schaffbar war. Was aber nicht heißt, dass diese Sachen nicht immer noch gemacht werden können und, mehr als bei uns der Fall war, im Fokus stehen sollten. Aber auch die Öffentlichkeitsarbeit zu dem Thema ist noch lange nicht ausgeschöpft und wir haben erfahren, dass Betroffene, die zu dem Thema sprechen wollen und auch Menschen, die dazu informiert sind und darüber Auskunft geben können, auf offene Ohren stoßen und auch nach ihrer Meinung gefragt werden. Dabei könnten weiterhin Informationen für die Betroffenen zur weiteren Umsetzung und zu Auswirkungen des Gesetzes, aber auch allgemein zu Arbeitsrechten weiter verbreitet werden.

Mit Verabschiedung des – wenn auch veränderten – Ausführungsgesetzes sind die grundlegenden Probleme noch lange nicht gelöst. Viele wichtige Fragen bleiben im SächsProstSchGAG weiterhin unberücksichtigt, z. B. die Beratung in der jeweiligen Muttersprache oder die (Nicht-)Existenz von Beratungsstellen – mehr dazu in unserem [Offenen Brief](#)³.

Apropos Beratungsstelle: Die gibt es – wie gesagt – in Sachsen noch nicht. Leute, am besten Leute mit erotischer Berufserfahrung, könnten sich zusammentun, beim Freistaat Geld beantragen und diese Leerstelle endlich füllen. Sie würden sicherlich viel Unterstützung von anderen Institutionen, wie dem Gesundheitsamt oder KOBRA-net, erhalten.

5.4 Das ProstSchG angreifen!

Insgesamt ist und bleibt das bundesweite ProstSchG ein diskriminierendes Gesetz, das die Situation von Sexarbeiter_innen verschlechtert und gehört also entsorgt. Die [Verfassungsbeschwerde von Doña Carmen](#)⁴ wurde nun vom BVerfG abgelehnt, dennoch ist der Drops noch nicht gelutscht. Es bleibt spannend, was sich aus unserer aller Initiativen noch ergibt...

Bis zu seiner Abschaffung kann die durch das Bundesgesetz auferlegten Kontrollen auch kreativ unterlaufen werden. Eine konkrete Idee zur Reaktion auf das ProstSchG ist weiterhin, inspiriert von Doña Carmen, die Registrierung zu unterlaufen, in dem sich auch Nicht-Sexarbeiter_innen massenhaft registrieren lassen oder aber sich alle unter demselben Namen registrieren. Eine andere Variante wäre, kollektiv die Registrierung zu verweigern und gegen mögliche Repressalien gemeinsam vorzugehen. Das könnte ein schönes Behördenchaos geben, das den Verantwortlichen

1 Warum wir den gewerkschaftlichen für den Königinnen-Weg halten, haben wir in einem Vortrag ausführlich dargestellt und diskutiert. Das lässt sich hier nicht kurz zusammenfassen, schreibt uns bei Fragen gerne an.

2 Wenn ihr keine Angst vor Anarchist_innen habt, wozu es auch wirklich keinen Grund gibt, könnt ihr ja mal in die FAU hineinschnuppern. Die Türen stehen in Dresden und Berlin offen, in anderen Orten ließe sich unkompliziert anklopfen.

3 <http://evibes.org/wp-content/uploads/sites/24/2018/02/Sex-Workers-Solidarity-Offener-Brief.pdf>

4 <https://www.donacarmen.de/wp-content/uploads/VERFASSUNGSBESCHWERDE-ProtSchG-2017.pdf>

vielleicht die Absurdität dieses "Schutz"-Gesetzes etwas näher bringt. Dabei ist es aber wichtig, eventuelle Soliaktionen möglichst gut mit den (anderen) Betroffenen abzusprechen und darüber in Kontakt zu kommen. Kolleg_innen sollten sich möglichst breit über das konkrete Vorgehen abstimmen. Ein möglicher Ort dafür wäre z.B. der [Hurenkongress](#)⁵ am 28. und 29. September 2018 in Berlin.

5.5 Weiter machen!

Wir sollten klar sehen, dass es um mehr geht als nur die aktuelle Diskussion um das ProstSchG. Die Abwertung und Stigmatisierung von Sexarbeiter_innen muss nicht allein auf staatlicher Ebene, sondern in der gesamten Gesellschaft bekämpft und überwunden werden. Die Aufgabe ist nicht nur eine immer größere Hurenbewegung, sondern eine langfristige und verbindliche Organisation von Sexarbeiter_innen. Dabei setzen wir auf solidarischen Austausch mit feministischen, queeren und gewerkschaftlichen Bewegungen, damit Sex Worker nicht allein für ihre Forderungen einstehen müssen. In diesem Zusammenhang wünschen wir uns eine rege Teilnahme am kommenden [feministischen Streik](#)⁶ am 08. März 2019.

Ein Resümee von A.:

"Gut, dass meine Freund_innen für mich da waren, und auch Leute aus anderen Branchen, die ich aus der Gewerkschaft kenne. Meine Kolleg_innen waren nämlich leider eher zurückhaltend, meinten z.B. 'Ach, das können die gar nicht machen' oder auch 'Das bringt gar nichts, da was gegen zu sagen'. Ich hätte mir mehr Kolleg_innen gewünscht, die den Mund aufmachen... Ich kann's auch verstehen, wenn sie das nicht tun, gerade in unserer Branche, aber man kann auch nicht alles mit sich machen lassen – manchmal muss man sich wehren. Bezüglich Kund_innen beschäftigen wir uns damit, setzen Grenzen usw.. Warum nicht auch bei irgendwelchen Politiker_innen? Ich hoffe, da kommt noch was – zu spät für eine Hurenbewegung ist es nie :)"

Damit verabschieden wir uns vorerst. Nichts ist umsonst, gestärkt und bereichert gehen wir aus dieser Sache hervor⁷.

Wir ruhen uns jetzt ein wenig aus und wünschen viel Erfolg (und Spaß!) beim Hurenkongress :)

With Love <3

Sex Workers Solidarity

5 www.hurenkongress.de

6 <https://frauenstreik.org/>, auch die FAU wird zu diesem Anlass aktiv werden.

7 Eine weitere Beteiligte sagt mit lachendem und weinendem Auge: „Ein bisschen traurig macht mich das Ende der Initiative schon – mir wird etwas in meinem Leben fehlen, wenn ich nicht mehr jeden Tag das Wort SächsProstSchGAG sagen werde.“